



STUTTGARTER NACHRICHTEN

Themenwoche Herz:
Wenn der Rhythmus nicht stimmt

► Seite 28

Nummer 99 · 17. Woche · 71. Jahrgang · 5

Freitag, 29. April 2016

www.stuttgarter-nachrichten.de · € 1,90 · E 4063

Kultur

Neues Album und bald 70 Jahre alt: Udo Lindenberg bleibt eines der Originale der Pop-Industrie

► Seite 14

Stuttgart und Region

Wie Röntgenstrahlen Schmuggler entlarven sollen

► Seite 15

Panorama



Foto: Mayramo / Fotomex - Fotolia

Tomate und Mozzarella – Stiftung Warentest hat Probe gegessen

► Seite 8

Sport

Die VfB-Fans boykottieren das Montagsspiel, nach Bremen fahren sie dennoch

► Seite 23

KINDER-NACHRICHTEN

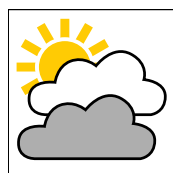
Forscher haben im Weltraum einen neuen Mond gefunden

► Seite 5

Inhalt

Politik	2 – 4
Landesnachrichten	5 – 6
Panorama	8
Wirtschaft	9 – 12
Kultur	13 – 14
Stuttgart und Region	15 – 19/22
Notdienste	20
Veranstaltungen	20 – 21
Impressum	21
Sport	23 – 26
Gewinnquoten	24
Fernsehprogramm	26
Familienseite	27
Wissenswert	28

Wetter



Mittags 15°
Nachts 2°

Lockere Quellwolken, überwiegend trocken
► Seite 18

Kontakt

Redaktion: 07 11 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 07 11 / 72 05 - 61 61



Grüße aus Stuttgart



Ein Zeppelin-Bahnhof samt Flugzeug-Haltstelle mitten in Stuttgart? Wovon die Menschen zwischen Vision und Wirklichkeit einträumten oder abträumten, zeigt diese futu-

ristische Grußkarte, die im Zeppelinfieber vor mehr als 70 Jahren entstanden ist. Alles schien zu jener Zeit vorstellbar. Die Fotomontage stammt aus dem „Stuttgarter Postkarten-

buch“ des Gestalters OA Krimmel, das viele kuriose Ansichten der Stadtgeschichte enthält. Foto: Sammlung OA Krimmel
► Stuttgart und Region Seite 22

AfD-Bundesparteitag bremst Verkehr auf der A 8 aus

Polizei rechnet mit Blockaden und massiven Protesten in Stuttgart – Ärger wegen Demo-Verlegung

Auseinandersetzungen zwischen rechts und links: Nicht nur die Landesmesse wird vom Streit über die AfD beherrscht, auch der Fernverkehr wird die Folgen am Wochenende zu spüren bekommen.

VON CHRISTINE BILGER, KNUT KROHN UND WOLF-DIETER OBST

STUTTGART/BERLIN. Mit massiven Protesten und gewalttätigen Ausschreitungen rechnet die Polizei beim AfD-Bundesparteitag an diesem Wochenende in der Stuttgarter Landesmesse. „Wir haben Erkenntnisse, dass mehrere Hundert gewaltbereite Personen aus dem Bundesgebiet anreisen werden“, sagt ein

Polizeisprecher, „und wir wollen, dass niemand davon überrascht wird.“ Mehr als 1000 Polizisten sind im Einsatz, die Wasserwerfer stehen bereit. Auch Blockaden auf der nahen Autobahn 8 werden nicht ausgeschlossen.

Dies hat von Samstagmorgen an für die Autofahrer Folgen: Auf der A 8 zwischen Echterdingen Ei und Plieningen wird am Samstag ein Tempolimit von 100 beziehungsweise 80 km/h eingerichtet. Auch Fluggäste können betroffen sein: Die Flughafen GmbH rät Passagieren, wegen möglicher Anfahrtsprobleme früher anzureisen.

Die Beschränkungen einer Großdemonstration im Bereich der Messe sind bei dem aus 45 Gruppierungen bestehenden Aktionsbündnis gegen den AfD-Parteitag auf massive Kritik gestoßen. Die Demo sollte auf der

Messepiazza stattfinden. Aus Sicherheitsgründen wurde sie auf eine Fläche daneben verlegt. Die Veranstalter wollen verkehrsrechtlich dagegen vorgehen. Am Nachmittag ist noch eine Großdemonstration in der Stuttgarter Innenstadt vorgesehen.

Auf dem Parteitag wird die Bundesvorsitzende Frauke Petry ihre beiden neuen Sprecher präsentieren. Der „Focus“-Journalist Michael Klonovsky und der Vorsitzende der AfD-Nachwuchsorganisation Markus Frohnmaier sollen künftig ihre Pressearbeit koordinieren. Frohnmaier ist in Weil der Stadt aufgewachsen und hat sich bei der Wahl im März erfolglos um einen Sitz im Stuttgarter Landtag beworben.

► Seite 4
► Stuttgart und Region Seite 16

VW: Keine Entschädigungen in Europa wie in USA

WOLFSBURG (wro). VW-Chef Matthias Müller hat für Deutschland und Europa Entschädigungen im gleichen Umfang wie in den USA ausgeschlossen. Es werde keine eins zu eins Übertragung der Lösung geben, die in den USA diskutiert werde. Unbestätigten Berichten zufolge ist in den USA eine Zahlung von bis zu 5000 Euro für jeden Besitzer eines betroffenen Diesel im Gespräch. Müller erklärte, er habe sich am letzten Wochenende persönlich bei US-Präsident Barack Obama in Hannover für den Dieselskandal entschuldigt. VW drohen in den USA Milliardenkosten infolge der Manipulation von 580 000 Fahrzeugen. Die üppigen Gehälter der VW-Vorstände sind infolge von „Dieselgate“ für 2015 mit insgesamt 63,2 Millionen Euro deutlich geringer ausgefallen als zuvor.
► Wirtschaft Seite 9

Rüde bin ich, geh' zur Ruh

Die Rechtsprechung wird immer haustierfreundlicher: Seit der Bundesgerichtshof 2013 entschieden hat, dass Vermieter nicht generell das Halten von Hunden in ihren Wohnungen verbieten dürfen, fällen die unteren Instanzen ein spektakuläres Urteil nach dem anderen. Jetzt hat das Amtsgericht Hannover dem Mischlingsrüden Toby erlaubt, weiter in der Wohnung seines Frau-chens sein müdes Haupt zu betten. Frau-chens hatte sich den Hund gegen den Willen des Vermieters angeschafft, aber der Richter überzeugte sich vor Ort, dass das Tier auch nicht mehr nervt als Menschen. Kein Pardon hätte es wohl gegeben, hätte Toby den Vermieter gebissen. Obwohl man auch dafür Verständnis haben könnte, weil der ein harter Knochen ist. (rai)

Stuttgart begrüßt Kampf gegen Sozialmissbrauch

STUTTGART/BERLIN (czi/zie). Die Gesetzesinitiative zur Beschränkung der Sozialhilfeansprüche für EU-Ausländer hat in der Landeshauptstadt Zuspruch gefunden. „Damit ist ein guter Weg eingeschlagen“, sagte Stuttgarts Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer (FDP). Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) korrigiert mit ihrem Gesetzentwurf ein Urteil des Bundessozialgerichts. Darin werden EU-Ausländern nach sechs Monaten Aufenthalt Ansprüche auf Sozialleistungen zuerkannt. Auf dieser Basis haben Klienten bereits drei Sozialhilfebescheide der Stadt Stuttgart vor Gericht angefochten. Mit dem Nahles-Entwurf soll grundsätzlich eine Zuwanderung ins deutsche Sozialsystem unterbunden werden, unter anderem aus osteuropäischen EU-Staaten.
► Seite 2

Forscher sehen Nachholbedarf bei Ganztagschule

Im Ländervergleich hinkt Baden-Württemberg hinterher

VON RENATE ALLGÖWER

STUTTGART/GÜTERSLOH. Baden-Württemberg knausert bei seinen Ganztagschulen mit der Personalausstattung. Das geht aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor, die die Ausstattung der Ganztagschulen in den 16 Bundesländern vergleicht. Bei der zusätzlichen Lernzeit, die Schülern an Ganztagschulen geboten wird, bewegt sich der Südwesten den Forschern zufolge bei Ganztagschulen im Mittelfeld. Für Ganztagsgrundschüler gibt es im Land pro Woche knapp 15 zusätzliche Stunden.

Der Bildungsforscher Dirk Zorn, der den Ländervergleich gemacht hat, sieht für Baden-Württemberg neben dem Personal Nachholbedarf beim Ausbau von Ganztagschulen. „Aktuell lernen nur etwa zwölf Prozent aller Schüler an gebundenen Ganztagschulen, während es im Bundesmittel knapp 18 Prozent sind“, sagte er unserer Zeitung.
► Kommentar
► Landesnachrichten Seite 5

Kommentar

Immer drauf

Ganztagschulen breiten sich auch im Land aus – aber wer bezahlt's?

VON RAINER WEHAUS

Es ist noch nicht lange her, da galt die Ganztagschule in Baden-Württemberg als sozialistisches Teufelswerk: Seine Kinder dem Staat überlassen – und somit diesen linksgerichteten Lehrern – das kam für viele Eltern nicht infrage. Nun, die Zeiten haben sich geändert. Heute hat das Land einen grünen Ministerpräsidenten – übrigens ein ehemals ziemlich linksgerichteter Lehrer – und die Städte und Gemeinden können im Grundschulbereich Ganztagschulen nach Bedarf einrichten. Das Land gibt ihnen dafür Mittel, und zwar nicht zu knapp: Bis zu zwölf Lehrerstunden pro Woche und Klasse bekommen Schulen für den Ganztagsbetrieb.

Das entsprechende Gesetz gibt es erst seit 2014. Insofern ist es nur logisch, dass Baden-Württemberg in Sachen Ganztagschule im Ländervergleich noch hinterherhinkt, wie nun die Bertelsmann-Stiftung ermittelt hat. Solche Vergleiche sind mit Vorsicht zu genießen, denn jedes Bundesland hat eine eigene Geschichte. Wenn Ganztagschulen verpönt sind – soll die Politik dann die Eltern dazu zwingen?

Klar ist: Auch in Baden-Württemberg wird es in Zukunft immer mehr Ganztagschulen geben. Was die Eltern nun im Grundschulbereich zu schätzen lernen, werden sie zumindest in den ersten Klassen der weiterführenden Schulen auch haben wollen. Die Frage wird sein, wer diesen Ausbau bezahlt. Allein auf die Chancengleichheit für alle Kinder zu pochen und mehr Lehrer zu fordern ist zu wenig. Ganztagschulen sind sehr teuer, und Chancengleichheit heißt auch, dass der Staat seinen Kindern keinen riesigen Schuldenberg hinterlässt. Immer draufzusatteln, wie dies in der Bildungspolitik zuletzt getan wurde, geht nicht. Wer Ganztags will, sollte sich bemühen, das Geld an anderer Stelle einzusparen – und das möglichst nicht halbherzig.

rainer.wehaus@stuttgarter-nachrichten.de

Bußgeldzuweisungen im Land gehen zurück

Exklusiv Bewährungshilfeverein Stuttgart muss womöglich sein Zeugenbegleitprogramm aufgeben

VON NILS MAYER

STUTTGART. Die Justiz in Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren immer weniger Bußgelder an gemeinnützige Organisationen verteilen können.

2015 betrug die Summe der Bußgeldzuweisungen laut Justizministerium 16,3 Millionen Euro. Im Jahr zuvor waren es noch 18,4 Millionen Euro gewesen, zwischen 2010 und 2013 hatte der Schnitt sogar bei etwa 20 Millionen Euro gelegen. Die Gründe für den

Rückgang seien unklar, sagte ein Ministeriumssprecher unserer Zeitung. Möglicherweise gebe es weniger Bagatelldelikte.

Immer wenn ein Strafverfahren gegen die Zahlung einer Geldauflage eingestellt wird, dürfen Richter und Staatsanwälte diese vergeben. Die einzige Bedingung ist: Es muss einer gemeinnützigen Einrichtung oder der Staatskasse zugutekommen. Welcher Empfänger in einem Gerichtsbezirk wie stark von den Geldauflagen profitiert hat, können die Richter bisher nicht sehen. Kritiker bezeich-

nen das Vergabesystem als willkürlich. Es ist allerdings Besserung in Sicht. Eine Software, die für mehr Transparenz sorgen soll, werde bis Ende des Jahres flächendeckend eingeführt sein, sagte ein Ministeriumssprecher.

Zuletzt litten einige Vereine unter den all-gemein zurückgehenden Geldzuweisungen und der richterlichen Willkür: Der Bewährungshilfeverein Stuttgart und seine für das operative Geschäft zuständige Tochtergesellschaft PräventSozial etwa. Nach eigenen Angaben hatten sie von 2010 bis 2012 pro Jahr im

Schnitt Bußgelder in Höhe von rund 746 000 Euro erhalten. In den vergangenen drei Jahren sank der Schnitt auf knapp 518 000 Euro.

PräventSozial bangt deshalb um die Zukunft der Zeugenbegleitung, die 45 000 Euro pro Jahr kostet und allein aus Bußgeldzuweisungen finanziert wird. „Wenn Projekte auf Dauer nicht mehr refinanzierbar sind, müssen wir uns im schlimmsten Fall von einem trennen“, sagte Geschäftsführer Thomas Kammerlander unserer Zeitung.
► Seite 3